

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

am 06. April 2018

zum Thema

Kürzungen beim AMS bedeuten Kostenlawine für Land und Gemeinden

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Rückfragen-Kontakt: *Ing. Harald Scheiblhofer, 0732/7720-12048 od.
0664/60072-12048; harald.scheiblhofer@ooe.gv.at*

Budgetpolitik des Bundes geht auf Kosten des Landes, der Städte und Gemeinden

Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im Budget des AMS werden die Haushalte des Landes Oberösterreich, der Städte und der Gemeinden zusätzlich belasten. Auf Basis der derzeitigen Planungen und Informationen lässt sich ableiten, dass das AMS die Leistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) massiv reduzieren wird. Diese wurde bisher an Personen während des Besuchs von Qualifizierungsangeboten ausgezahlt, auch dann, wenn diese einen Anspruch auf den Bezug von Bedarfsorientierter Mindestsicherung haben. In diesem Fall wird ein Großteil der BMS-Leistung durch die DLU ersetzt. Eine Reduktion bzw. Beendigung der DLU-Leistungen wird die Ausgaben für die Mindestsicherung um ca. 6,6 Millionen Euro massiv erhöhen. Bei Gesamtausgaben von 48 Millionen Euro für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung im Jahr 2017 bewirken diese Kürzungsvorgaben der Bundesregierung eine Kostensteigerung um + 13,7%.

„Die Politik der Bundesregierung ist kein ‚Sparen im System‘, sondern bestenfalls ein ‚Kosten-Verlagern‘ im System. Massive Einschränkungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden dabei bewusst in Kauf genommen. Ein weiterer negativer Effekt dieser Politik ist, dass Betroffene länger als bisher auf das soziale Netz der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angewiesen sein werden, weil es viel länger dauern wird, dass diese eine Arbeit finden. Wir suchen händeringend in vielen Branchen nach Arbeitskräften. Statt aber potentielle Bewerber/innen zu fördern, verschlechtert die Bundesregierung die Situation und verringert die Integrationschancen durch Reduktion der Ausbildungen und Deutschkurse“, zeigt sich Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer verärgert.

Reduktion der Wochenstunden bei Angeboten der beruflichen Qualifizierung

Laut geltenden Richtlinien des AMS wird eine Leistung zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) erst bei Qualifizierungsangeboten ausgezahlt, die ein Ausmaß von 15 Wochenstunden überschreiten. Um ein grundlegendes Kursangebot trotz gekürzter Budgets aufrechterhalten zu können, steht im Raum, dass das Wochenstundenausmaß vieler Kurse des AMS reduziert und damit die Auszahlung der DLU an die Teilnehmer eingestellt wird.

Bei 478.142 DLU-Tagen für Österreicher/innen und Drittstaatsangehörige (nicht Asylberechtigte) im Jahr 2017 und der Annahme einer 30%igen Reduktion der DLU-

Leistungen bedeutet das Mehrkosten von rund 2,2 Millionen Euro in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, die gänzlich bei den Städten und Gemeinden anfallen.

Kürzungen im AMS-Integrationsbudget verursachen 4,4 Millionen Mehrkosten

Gerade im Bereich von asylberechtigten BMS-Bezieher/innen sind Angebote der beruflichen Qualifizierung entscheidend für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration. Auch für diese Personengruppe leistet das AMS während der Zeit des Besuchs von Angeboten eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU).

Im Jahr 2017 leistete das AMS in Oberösterreich im Bereich der Qualifizierung von Asylberechtigten 245.148 DLU-Tage. Reduziert sich das für diesen Bereich im AMS zur Verfügung stehende Budget wie angekündigt um 75%, dann bedeutet das einen Anstieg der Kosten in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung um 4,4 Millionen Euro, wobei die Ausgaben im Landeshaushalt um rund 2,6 Millionen Euro und die Ausgaben der Städte und Gemeinden um rund 1,75 Millionen steigen werden.

AMS-Kofinanzierungen im Beschäftigungsbereich wackeln – Arbeitsmarktprojekte vor dem Aus?

Um dem Ziel einer möglichst raschen Arbeitsmarktintegration von Mindestsicherungsbezieher/innen gerecht zu werden, gibt es in Oberösterreich zahlreiche Angebote aus dem Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Kursbereich, die gemeinsam vom Sozialressort des Landes Oberösterreich und vom AMS getragen werden.

Diese Angebote stellen eine Alternative zu Geldleistungen gerade für Jugendliche und junge Erwachsene dar, die dadurch die Möglichkeit haben, am Arbeitsmarkt verwertbare Abschlüsse bzw. notwendige berufliche Qualifikationen und Erfahrungen zu erwerben. Von den Projektkosten in Höhe von rund 7,5 Millionen Euro hat das AMS bisher rund 3,3 Millionen Euro an Ko-Finanzierung geleistet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unklar, ob diese Angebote im Beschäftigungsbereich über das Jahr 2018 weitergeführt werden können, oder ob sich das AMS auch hier aus Ko-Finanzierungen zurückziehen muss.

Gerstorfer: „Wesentliche Säulen der Strategie Arbeitsplatz 2020 sind geknickt“

Die vom Land Oberösterreich und AMS getragenen Projekte werden jährlich im Sinne einer gemeinsamen Arbeitsmarktstrategie gebündelt und im Pakt für Arbeit und Qualifizierung zusammengefasst. Dieser Pakt für Arbeit und Qualifizierung bildet die Grundlage, um die Zielsetzungen der oberösterreichischen Arbeitsmarktstrategie zu erreichen. Schon heuer konnte der Pakt für Arbeit und Qualifizierung aufgrund der unklaren budgetären Zukunft des

AMS nicht präsentiert werden. „Es ist davon auszugehen, dass sich das Volumen des Paktes für Arbeit und Qualifizierung im Jahr 2018 deutlich reduzieren wird. Eine weitere Verschlechterung für Menschen mit Vermittlungshemmnissen, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder mit Migrationshintergrund“, so Birgit Gerstorfer.